**Zentralstreik für ein echtes bayerisches Klimaschutzgesetz in München**

**Hunderte junge Menschen protestieren für eine generationengerechtere Energie- und Klimapolitik in Bayern**

München – 11.11.2022. Hunderte junge Menschen demonstrierten heute – teilweise in Zirkuskostümen verkleidet – auf dem Münchener Königsplatz für eine generationengerechte Energie- und Klimapolitik in Bayern. Die Jugendverbände Fridays for Future Bayern und Jugendorganisation BUND Naturschutz (BUNDjugend Bayern) kritisieren die Novelle des bayerischen Klimaschutzgesetzes. Die beiden Verbände hatten deshalb zur Teilnahme an einem zentralen Klimastreik aufgerufen.





Zahlreiche Jugendliche folgten dem Motto des Zentralstreiks „Energiewende statt CSU-Zirkus“ und kamen deshalb verkleidet im Zirkuskostüm, um ihrem Unmut über die Klimapolitik der Söder-Regierung Ausdruck zu verleihen.

Almut Sopper, Sprecherin der BUNDjugend Bayern, sagt: „Uns reicht es mit dem CSU-Zirkus. Die Energiewende wird verzögert, der Windkraftausbau ruht. Markus Söder inszeniert sich in den sozialen Medien als großer Retter, aber wir durchschauen diesen Zirkus und fordern mit unserer Kostümaktion ein Klimaschutzgesetz, das diesen Namen auch verdient hat.“ Auf die Auftaktkundgebung folgte die Demonstration vom Königsplatz zur bayerischen Staatskanzlei, bis zum Maxmonument. Nachdem gestern im bayerischen Landtag im Umweltausschuss die Neufassung des Klimaschutzgesetzes diskutiert wurde, machten die Jugendlichen heute ganz klar: dieses Gesetz reicht uns nicht, es ist nicht generationengerecht. Die Maßnahmen sind schlicht viel zu schwach, um bis 2040 Klimaneutralität zu erreichen.

“Die CSU übernimmt keine Verantwortung! Weder für ihr Klimaschutzgesetz, in dem sie die Einklagbarkeit ausgeschlossen hat, noch für die zukünftige Bewahrung unserer bayerischen Heimat. Die Ziele der Novelle sind zu schwach, um das 1,5 Grad Ziel zu erreichen. Die Novelle ist nicht generationengerecht, sie ist angesichts der Klimakrise existenzgefährdend!” ergänzt Franziska Wild, Sprecherin von Fridays for Future Bayern.

Damit reiht sich dieses Klimaschutzgesetz in eine Menge fataler Entscheidungen der CSU zum Klima- und Umweltschutz ein: Von der Windkraftabstandsregel 10H über die Verschleppung des Atomausstiegs bis hin zu der hohen Abhängigkeit von Erdgas.   
„Die Energiewende wurde in Bayern jahrelang blockiert. Die 10h-Abstandsregel hat dazu geführt, dass der Ausbau der Windkraft so gut wie zum Erliegen gekommen ist. Das so genannte Bayerische Klimaschutzgesetz reiht sich ein in die Versäumnisse der Staatsregierung beim Klimaschutz. Wir hatten uns hier eine Kehrtwende erhofft, sind aber leider enttäuscht worden.“ meint Martin Geilhufe, Sprecher des BUND Naturschutz.

Hier finden Sie einen Link zu Bildern ab dem 11.11 zwischen 14:00 Uhr und 14:30 Uhr von der Fotoaktion und dem Streik: <https://jbn-wolke.de/index.php/s/BMoDrDyGDdTCA2y>

**Ansprechpersonen:**

BUNDjugend Bayern: Almut Sopper, Tel: +43 699 17313321, E-Mail: lavo@jbn.de

Fridays For Future Bayern: Franziska Wild, Tel: +49 151/74354867, E-Mail: [bayern@fridaysforfuture.de](mailto:bayern@fridaysforfuture.de)

Hintergrundinformation BUNDjugend Bayern:

Mit über 39.000 Mitglieder ist die Jugendorganisation BUND Naturschutz die größte Umweltjugendorganisation in Bayern. In über 200 Kinder-, Müpfe und Jugendgruppen und Arbeitskreisen organisiert sie unter anderem Zeltlager, Fortbildungen, Demonstration und weitere politische Veranstaltungen.

Hintergrundinformation: BUND Naturschutz (BN)

Der BN ist mit über 265.000 Mitgliedern und Förderern der größte Natur- und Umweltschutzverband Bayerns. Er setzt sich für unsere Heimat und eine gesunde Zukunft unserer Kinder ein – bayernweit und direkt vor Ort. Und das seit über 100 Jahren. Der BN ist darüber hinaus starker Partner im deutschen und weltweiten Naturschutz. Als Landesverband des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND) ist der BN Teil des weltweiten Umweltschutz-Netzwerkes Friends of the Earth International. Als starker und finanziell unabhängiger Verband ist der BN in der Lage, seine Umwelt- und Naturschutzpositionen in Gesellschaft und Politik umzusetzen.